

Schweizerisches Komitee  
„JA.- zum Haushaltsziel 2001“  
Sekretariat  
Postfach 1265  
8034 Zürich  
Tel. 01 382 22 88  
Fax 01 383 82 27

An die  
Medien der Schweiz

---

Zürich, 23. April 1998 UR/co

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 7. Juni 1998 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über eine entscheidende Weichenstellung für unser Land ab. Die Schweizer Bevölkerung sagt Ja oder Nein zur finanzpolitischen Glaubwürdigkeit unseres Landes und setzt damit ein Signal, welches über die Grenzen hinaus wirken wird. Das Haushaltsziel 2001 ist nicht nur finanzpolitisch, sondern auch sozial- und wirtschaftspolitisch ein tragender Pfeiler für einen gesunden Staat im nächsten Jahrhundert.

Im ersten vorliegenden Pressedienst finden Sie die folgenden Beiträge: FDP-Vizepräsidentin Regierungsrätin Marianne Kleiner (AR) stellt die Wichtigkeit der finanziellen Gesundheit des Staates gerade auch für die Kantone dar. CVP-Nationalrat Simon Epiney (VS) sieht die Zeit gekommen, in der das Parlament sich ein Korsett geben soll, um die Schuldenspirale bremsen zu können. SVP-Nationalrat Hermann Weyeneth (BE) bezeichnet Defizite als aufgeschobene Steuern. Jean Cavadini, LPS-Ständerat (NE) schliesslich weist darauf hin, dass die Schweiz im internationalen Vergleich kein finanzpolitischer Musterknabe mehr ist.

Das Schweizerische Komitee „JA.- zum Haushaltsziel 2001“ stellt Ihnen diese Texte zur Verfügung. Wir hoffen, Ihnen mit diesem Pressedienst eine Hilfestellung geben zu können. Wir sind gerne für Sie da, wenn Sie Fragen oder Anregungen haben sollten.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen

Für das Schweizerische Komitee  
„JA.- zum Haushaltsziel 2001“  
Pressedienst:

Guido Schommer  
Pressechef FDP Schweiz

## **Entwicklungen, die in die falsche Richtung laufen, müssen gedreht werden!**

### **Von Landammann Regierungsrätin Marianne Kleiner, Herisau/AR (FDP)**

Die 1995 vom Volk mit grossem Mehr gutgeheissene Ausgabenbremse soll die Hürde für *neue* Ausgabenbeschlüsse etwas erhöhen. Leider genügt das nicht, die Verschuldung wächst immer noch ungebremst *weiter*. Wenn es so weitergeht, wird sie zwischen 1995, als die Ausgabenbremse beschlossen wurde und 1998 um etwa 25% ansteigen. Ein Viertel in drei Jahren! Und das trotz Ausgabenbremse und bei stabilem Preisniveau!

Es ist offensichtlich, dass dieser schlimmen Entwicklung Einhalt geboten werden muss, denn sie gefährdet unser aller Wohlstand. Jedes Jahr, das wir untätig verstreichen lassen - und wir haben schon viel zu lange zugewartet - vergrössert den Sanierungsbedarf und birgt die Gefahr der Resignation in sich. Sie untergräbt das Vertrauen in die Politik und die Achtung gegenüber dem Staat. Was soll man für einen Staat noch tun, dem sowieso nicht mehr zu helfen ist?

Einer solchen Grundstimmung wollen wir entschlossen entgegentreten. Je rascher wir handeln, desto weniger wird es weh tun!

### **Zum Sparen braucht es den Zwang!**

Offensichtlich ist die öffentliche Hand nur unter klarem Zwang in der Lage zu sparen. Aber sie kann es. Sie ist zu Erstaunlichem in der Lage, wenn es gelingt, ein anderes Denken über den Umgang mit Steuergeldern zu initiieren. Das zeigt die Entwicklung in unserem eigenen Kanton. Unser Finanzhaushaltsgesetz enthält die Bestimmung, dass nicht mehr mit einem Aufwandüberschuss budgetiert werden darf, solange ein Bilanzfehlbetrag von mehr als 5% der Landessteuereinnahmen besteht. Mit Hilfe dieser rigorosen Vorschrift und zugegeben mit viel Ueberzeugungsarbeit gelang es, in Appenzell Ausserrhoden unter schwierigen Voraussetzungen die Entwicklung des Aufwandes innert kurzer Zeit wieder in geregelte Bahnen zu lenken. Zum strukturellen Defizit, den stagnierenden Einnahmen, den jährlich wiederkehrenden zusätzlichen Kosten des KVG von über 5% der Landessteuereinnahmen kam noch der Niedergang der Kantonalbank, was uns Kosten in der Höhe von fast der Hälfte einer jährlichen Landessteuer bescherte. Wir haben energisch gehandelt und nun budgetieren wir wieder positiv und schliessen auch positiv ab. Zusätzlich tragen wir die Schulden aus vergangenen Jahren ab. Wir zahlen damit weniger Zinsen und gewinnen finanzielle Handlungsfreiheit zurück.

Unser Beispiel zeigt, dass Erfolge möglich sind. Sie sind auch sichtbar und messbar und werden daher von Volk und Parlament anerkannt, mit grosser Erleichterung zur Kenntnis genommen und darum in steigendem Masse auch unterstützt. „Endlich sieht man Resultate“, heisst der erlösende Satz.

### **Ein Staat, dessen Finanzen aus dem Ruder laufen, verliert das Vertrauen aller**

Das Vertrauen in den Bund und seine Glaubwürdigkeit sind durch die aus dem Ruder gelaufenen Finanzen gesunken. Es scheint beim Aufwand nur eine Entwicklungsrichtung zu geben. Laufend werden Aufwendungen beschlossen, die im Moment durchaus notwendig

erscheinen. Die Frage, ob sie auch einmal wieder überflüssig sein könnten, stellen wir uns seltener. Für das Sparen *generell* sind alle, aber immer bei den „anderen“. So führten die Abwehrstrategien der Betroffenen gegen Einsparungen bisher stets zum Erfolg. Sanierungsbemühungen beim Bund versickern darum häufig von vornherein, weil sie ins Dickicht der Abwehrstrategien von allen Seiten geraten. Ein Staat, dem dies nachgesagt werden kann, macht aber einen liederlichen Eindruck und gibt sich mit der Zeit der Lächerlichkeit preis. Damit steigt eine weitere sehr ernste Gefahr: Die Kantone verlieren das Vertrauen in den Bund und überlegen, ob er für sie noch ein verlässlicher Partner sei. Jedenfalls haben sie in den letzten Jahren unter der Unfähigkeit des Bundes, seinen Aufwand im Zügel zu halten, auch gelitten. Neben den linearen Kürzungen zu Lasten der Kantone wurde den Bundesdefiziten mit Einnahmeerhöhungen begegnet. Dass damit dasselbe Steuerpotential beansprucht wird, von dem auch die Kantone „leben“ müssen, hat den Bund bisher wenig gekümmert. Die Kantone haben daher ein vitales Interesse daran, dass die Haushaltsanierung diesmal gelingt.

Auf Bundesebene hat ein Sparprogramm das andere abgelöst und trotzdem wird es immer schlimmer. Jedermann winkt bereits ermüdet ab, wenn das nächste Programm vorgestellt wird, von dem ohnehin keiner mehr glaubt, dass es durchgesetzt werden kann. Wollen wir, dass Sparübungen in Zukunft zum Erfolg führen, braucht es dazu einen zwingenden Verfassungsartikel, der keine Schlupflöcher offen lässt: das Haushaltsziel 2001, über das wir am 7. Juni abstimmen werden. Es bildet eine Vorschrift, die für einmal in erster Linie Bundesrat und Parlament an die Kandare nimmt.

Unsere Sparübungen brauchen endlich den Erfolg und der Erfolg ist möglich. Aber er setzt zweierlei voraus:

- den breit abgestützten *Willen* zu sparen und
- ein *verändertes Denken* über den Umgang mit Steuergeldern.

Wir müssen lernen, den Staat mit der Frage zu lenken, was notwendig und mit den *vorhandenen Mitteln* finanzierbar sei. Die Frage darf nicht mehr lauten, was wäre alles noch wünschbar, sondern sie muss heissen: *Wie machen wir das Maximum aus den vorhandenen Mitteln*. Das führt zur Steigerung der Effektivität und der Effizienz der Leistungen. Wir werden lernen, die richtigen Dinge zu tun.

### **Die Sparanstrengungen brauchen endlich Erfolg!**

Eine gesunde finanzielle Basis bildet die Voraussetzung für den Rückgewinn von Achtung und Vertrauen in die politische Führung durch Regierung und Parlament. Darum verdient *jede* Anstrengung, dieses Ziel zu erreichen, unsere uneingeschränkte Unterstützung. Das Vertrauen in die Politik wird in der Wirtschaft steigen. Die Glaubwürdigkeit der Politikerinnen und Politiker verbessert sich bei Bürgerinnen und Bürgern. Die Kooperationsbereitschaft von Kantonen und Gemeinden steigt wieder, Vertrauen und Achtung sind dadurch wieder zu gewinnen, dass der Bund das, was er sich vornimmt, auch tut. Um den Erfolg sicherzustellen, muss eine andere Denkrichtung spürbar werden. Dass es möglich ist, mit dem Vorhandenen zu leben, ist erwiesen. Und Erfolg gibt Energie. Er freut alle, sogar jene, die kleine Verzicht leisten müssen. Für sie werden als schmerzhaft empfundene Veränderungen dann sinnvoll, weil sie zum Gelingen des Ganzen beitragen. Der Erfolg wird dann zu dem ihren. Er wird zu unser aller Erfolg, weil wir alle den Kittel etwas enger knöpfen. Aber wir werden gut darin aussehen.

**Darum: machen wir endlich Ordnung!**

**Haushaltsziel 2001: JA**

## JA.- zum Haushaltsziel 2001

### Von Nationalrat Hermann Weyeneth, Jegenstorf/BE (SVP)

Im heute gültigen Verfassungsartikel 42 bis steht:  
„Der Fehlbetrag der Bilanz des Bundes ist abzutragen“.

#### Die Facts:

	<u>1990</u>	<u>1997</u>
Einnahmen	32,6 Mrd.	38,8 Mrd.
Schulden	40,5 Mrd.	97,2 Mrd.
Fehlbetrag	17,4 Mrd.	52,5 Mrd.

Heute wendet der Bund 7% seiner Einnahmen zur Verzinsung der Schulden auf, 3,1 Mrd. im Jahre 1997, und dies bei ausgesprochen tiefem Zinsniveau.

#### **Vom Sparen**

Landläufig geht man vom Grundsatz aus, wonach nicht ausgegebenes Geld gespartes Geld ist.

Bei der öffentlichen Hand spricht man vom Sparen dann, wenn Geld nicht ausgegeben wird, das man gar nicht hat.

#### **Ein Defizit entspricht einer aufgeschobenen Steuer.**

Wegen dem Zins auf der Schuld wird die Rechnung je höher, desto länger man zuwartet. Jede Staatsaufgabe erfordert eine Finanzierung. Ob dies durch Steuern, Anleihen oder durch Geldschöpfung geschieht, läuft etwa auf das gleiche hinaus. Es ist der Durchschnittsbürger, der früher oder später zu zahlen hat. Für die Gesamtwirtschaft ist die Steuer in Wirklichkeit sofort geschuldet.

Aufgeschobene Steuern sind a priori nicht besser oder schlechter als die unmittelbaren Steuern: sie sind alle unheilvoll. Sie entziehen der Wirtschaft Mittel, die anderswo in der Regel effizientere Verwendung finden. In dem Masse, wie die Defizite den Wunsch ausdrücken, unangenehme, aber dennoch nötige Massnahmen auf später zu verschieben, führen sie nur zu einer noch stärkeren Benachteiligung der Wirtschaft. Eine an und für sich notwendige, aber aufgeschobene Steuererhöhung führt zu zwischenzeitlichen unnatürlichen Substitutionseffekten und ist eine Belastung für die Zukunft.

#### **Effizienz und Effektivität, oder wenn der Staat die richtigen Dinge richtig tut.**

Die Staatsquote ist seit 1968 in ständigem Wachstum begriffen, und zwar von weniger als 20% auf über 30%. Der Anteil im Sozialbereich hat sich in der gleichen Zeitspanne sogar mehr als verdoppelt. Die Stagnation der Volkswirtschaft fällt mit dieser wachsenden staatlichen Einmischung in das Wirtschaftsleben zusammen. Ausländische Beispiele zeigen hinreichend, wie sehr die Grösse des öffentlichen Sektors das Wirtschaftswachstum hemmen oder gar zerstören kann.

Andere Länder, die rigoros diesen Zustand korrigiert haben, sind heute jene Staaten, die sich durch Wachstum und Stabilität auszeichnen können.

### **Ausgaben sanieren und nicht neue Steuern kreieren.**

Die Zeit des Lamentierens muss endlich abgelöst werden durch konkrete Massnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums. Die Sanierung des Bundeshaushaltes ist eine vordringliche Massnahme. In keinem Land der Welt ist es gelungen, dieses Ziel mit zusätzlichen Steuermitteln zu erwirken. Ziehen wir daraus die Konsequenzen und sorgen wir mit dieser Vorlage für den Erhalt eines leistungsfähigen Staates, ein ausgebluteter Staat kann dies nicht sein.

## Ueberbordende Staatsausgaben

### Von Nationalrat Simon Epiney, Vissoie/VS (CVP)

In den letzten Jahren hat die Schweiz über ihre Verhältnisse gelebt. Die Verschuldung stieg von 40 Mrd. Franken im Jahre 1990 auf über 90 Mrd. Franken im Jahre 1997, was in einer Zinsbelastung von 9 Mio. Fr. pro Tag resultiert.

Dieser Betrag entgeht der staatlichen Haushaltskasse und würde besser dazu verwendet, soziale und regionale Unterschiede auszugleichen.

Ein überschuldeter Staat wird zu einem unsozialen Staat, denn der eingeschränkte Handlungsspielraum erlaubt ihm nicht mehr, Ungerechtigkeiten aus dem Weg zu schaffen.

Der Bund kann die Finanzrechnung wieder in Ordnung bringen, indem er bei den Einnahmen und Ausgaben den Hebel ansetzt und Subventionen an Dritte kürzt.

Für schnelle Lösungen ist das schweizerische Staatssystem jedoch in keiner Weise geschaffen. Immer müssen die Opfer einigermaßen gerecht verteilt sein. Aber jede Bundesratspartei ist darauf bedacht, ihre eigenen Interessen durchzubringen und klammert sich an unantastbare Ausgaben.

Deshalb hat der Bundesrat das Parlament und jetzt auch das Volk aufgefordert, Selbstdisziplin zu üben. Der eidg. Staatshaushalt müsse bis zum Jahr 2001 stabilisiert sein und der Ausgaben-Ueberschuss dürfe nicht mehr als 2% der Einnahmen betragen.

Mit andern Worten gesagt, dürfe das jährliche Defizit den Betrag von 1 Mrd. Franken nicht mehr überschreiten.

Der Plan schreibt nicht vor, wo genau die Sparmassnahmen gemacht werden müssen.

Normalerweise liegt dies in der Verantwortung des Bundesrates und des Parlaments.

Er zwingt jedoch die Verantwortlichen dazu, Gegenmassnahmen zu ergreifen, falls der

Ausgleich nicht geschafft werden sollte. Das Haushaltsziel ist im übrigen keineswegs revolutionär. Dank ähnlicher Regelungen haben bereits mehrere europäische Staaten ihre Ausgaben in den Griff gebracht, um den Anforderungen von Maastricht zu genügen.

Möglicherweise ist die Spar-Uebung für die Abgeordneten frustrierend, doch hängt das Damokles-Schwert unabwendbar über uns und zwingt uns, die Ausgaben-Spirale zu bremsen, damit nicht unsere Nachkommen die Opfer sind.

**Deshalb: „JA.- zum Haushaltsziel 2001“.**

## **Bundesfinanzen - ein Fass ohne Boden**

**von Ständerat Jean Cavadini, Hauterive/NE (LPS)**

Scheinbar sind manche Politiker kaum noch aufzurütteln, besonders dann nicht, wenn es finanzielle Angelegenheiten betrifft. Was die Bundesfinanzen anbelangt, wurden Vorzeichen ignoriert und die ersten roten Zahlen verhinderten nicht, dass die Schuldenwirtschaft weiter zunahm. Nun müssen wir einsehen, dass die finanzielle Situation des Bundes nicht nur beunruhigend, sondern katastrophal ist. Unbestrittene Zahlen beweisen dies genügend.

1998 wird der Bund 47,6 Mrd. Franken ausgeben, was 2,7 mal mehr ist als im Jahre 1980. Seit 1990 haben die Ausgaben innerhalb von 8 Jahren um 50% zugenommen. Zwar haben die Mehreinnahmen auch zugenommen, doch konnten sie dem Rhythmus der Mehrausgaben nicht folgen. Wir können nur feststellen, dass der Bundesstaat täglich 21 Mio. Franken mehr ausgibt als er einkassiert, was schwerwiegende Konsequenzen hat: Die Verschuldung wird in diesem Jahr 100 Mrd. Franken betragen, gegenüber 60 Mrd. im Jahre 1990.

Die Schulden des Bundes entsprechen 1998 einem Prozent-Anteil des Bruttosozialprodukts von 26,7%, gegenüber 17,6% im Jahre 1980. Die Schuldzinsen belaufen sich in diesem Jahr auf 3,4 Mrd. Franken, d.h. 9 Mio. Franken pro Tag, dreimal mehr als 1980. Der Schuldendienst beansprucht 8,5% der Einnahmen.

Einige Schöngestimmte betonen immer wieder, dass dieser Verzug keine Gefahr bringt; dass die Volksverschuldung eine Eigenverschuldung sei, d.h. das Volk schulde sich selber den fehlenden Betrag. Sicherlich könne er durch Einnahmen aus einer Besteuerung des Kapitals wettgemacht werden. Ebenso durch Fahndung nach Steuerhinterziehern, und schlimmer noch, durch eine niedrige Inflationsrate, welche die Schuldenbeträge ebenfalls reduzieren könnte.

Hirngespinnste! Die Schulden sind Folge unserer masslosen Vergangenheit, und wie es ein Wirtschaftsprofessor formuliert: „Das Unheil ist passiert. Besser als über die in der Vergangenheit begangenen Fehler zu jammern, ist es, dafür zu sorgen, dass das Land nicht weiterhin auf diesem ungunstigen Weg verbleibt. Dem schweizerischen Finanzhaushalt geht es offensichtlich schlecht und wenn man die Ueberalterung im Volk bedenkt, wird es ihm noch schlechter gehen, wenn nicht umfassende korrigierende Massnahmen ergriffen werden.“ (U. Kohli, Universität Genf)

Seien wir uns dessen bewusst, dass das Defizit eine steigende Steuerlast nach sich zieht. Jeder Betrag, den man dem Staat abzweigt, schwächt die Investitionskapazität und damit die wirtschaftliche Dynamik. Dennoch muss dieser Staat die soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität garantieren; doch diese wird durch ein Finanzloch bedroht.

Wenn wir zusehen, wie Holland, Deutschland, Grossbritannien und sogar Italien es besser machen als wir mit unsern Mehrausgaben, müssen wir beschämt feststellen, dass wir die Hausaufgaben nicht gemacht haben.

Es ist uns damit klar geworden, dass wir das Haushaltsziel 2001, welches den Bund zu sorgfältigem Haushalten verpflichtet, annehmen müssen.